

Krise frisst Jobs - Kurz versorgt Freunde

**Statt hochbezahlten Managern und Jobabbau:
Verstaatlichung - demokratisch und kontrolliert!**

Bildrechte: https://karlrichterfiles.wordpress.com/2012/07/occupyisx_capitalism-in-crisis_2000x1500_newsprint-effect_1.jpg



- **Von Schließung und Jobabbau bedrohte Betriebe in öffentliches Eigentum übernehmen!**
- **Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung!**
- **Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit und Facharbeiter/innenlohn für Funktionäre!**
- **Krise darf nicht auf dem Rücken von Arbeitnehmer/innen ausgetragen werden!**
- **Schluss mit Kurz und Co - für eine neue Arbeiter/innenpartei die die Interessen von Arbeitnehmer/innen vertritt!**
- **Kapitalismus ist korrupt - für eine echte sozialistische Gesellschaft!**

Sozialistische Offensive

Regierung schwimmt - Kurz verliert Unterstützung

Laura Rafetseder, SO

Der Heiligenschein von Sebastian Kurz ist angekratzt: Mittlerweile werden so viele Skandale über sein Umfeld bekannt (Masken, Tests, Blümel, Novomatic, ÖBAG, Pilnacek... die Liste wird immer länger), dass das langsam auch seine Umfragewerte beeinträchtigt. Seine neuen Farben haben sich als gar nicht so neu herausgestellt - und nicht weniger korrupt als die alten. Kurz versucht sich zu retten indem er erstens schweigt und zweitens ablenkt. Das Dilemma: Die Ablenkstrategie Asyl geht nur noch bedingt, weil die Grünen in ihrer Toleranz schon etwas strapaziert sind und das die ohnehin schon fragile Koalition sprengen könnte. Auch die Stimmen, die er von der FPÖ geerbt hat nach Ibiza, kommen ihm immer mehr in Richtung Coronagegner abhandeln. Kurz' Manöver sind ein Versuch, sowohl abzulenken als auch zu retten was zu retten ist - er und seine Regierung haben schlicht Fehler in der Beschaffung der Impfstoffe gemacht. Dass Anschöber zurückgetreten ist, ist Ausdruck der Schwierigkeiten die die Regierung hat. International haben viele Gesundheitsminister/innen die Pandemie politisch nicht „überlebt“. Währenddessen hebt Kurz' Arbeitsminister die Arbeitszeitregeln für jene auf, die impfen - sie müssen die Fehler der Regierung ausbaden.

„Normalität“ der Krise

Einer der wenigen Gründe warum die Regierung noch im Amt ist, ist, dass es vielleicht die Befürchtung gibt, dass es noch schlimmer wird, wenn man das Pferd (die Regierung) mitten im Fluss (der Pandemie) wechselt. Es ist nicht klar, wie die Alternative aussehen kann - die Schwäche der Opposition ist seine Stärke. Im Moment scheint es, als ob Kurz' Rechnung aufgeht und bis Juni alle die eine Impfung wollen zumindest den ersten Stich bekommen. Ob Kurz' Versprechen dass die Pandemie im Sommer 21 vorbei ist hält ist jedoch eine andere Frage. Zu viele Fragen sind noch offen. Aber auch wenn erste Schritte in Richtung „Normalität“ gesetzt werden

können - es ist dies eine „Normalität“ der Krise. Fragen der wirtschaftlichen Lebensgrundlage werden für viele Menschen in den Vordergrund treten. Viele der Coronahilfen werden dann wieder auslaufen. Insolvenzen werden zunehmen. Die AK schätzt, dass bis zu 17.000 Deleogierungen drohen, wenn die Mietstundungen im Zuge der Coronakrise auslaufen.

Politische Alternative

Viele Menschen haben das Gefühl, dass „die da oben“ alle korrupt sind. Viele lehnen die etablierten Parteien als solche ab. Es stimmt, dass „die anderen auch korrupt“ sind. Die FPÖ ist „part of the game“ (Stichwort Ibiza) und die SPÖ ist schon lange Meister in „Freunderlwirtschaft“ (gerade in der Verstaatlichten bis in die 90er Jahre). Die Grünen sitzen mit der ÖVP in der Regierung. Die NEOS hatten noch keinen Zugang zu den Trögen der Macht (außer in Wien als Juniorpartner). Gleichzeitig haben die Beschäftigten, Jugendliche, Pensionist/innen, Arbeitslose keine wirkliche politische Vertretung, keine Partei in der sie sich organisieren können. Darum konnte Kurz in den letzten Jahren die politische Bühne so stark dominieren. LINKS hat bei den Wiener Wahlen einige Bezirksratsmandate gewonnen. Sie haben nun die Möglichkeit zu zeigen, dass sie eine Alternative sind - mit Facharbeiter/innenlohn, Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit intern bzw. indem sie keine faulen Deals mit den etablierten Parteien machen - auch nicht der SPÖ oder den Grünen. Wir brauchen eine Bewegung gegen die Auswirkungen der Krise - die Gewerkschaftsführung muss Schritte in diese Richtung setzen und mobilisieren. LINKS könnte gleichzeitig die Mandate nutzen, um eine solche anzustoßen und breitere Schichten zu involvieren. Wichtig ist, dass sie dabei eine Idee aufzeigen, was diese grundlegende Alternative sein könnte - und warum das mit der SPÖ, die Teil des korrupten Systems ist, nicht möglich ist. Die SPÖ akzeptiert den Kapitalismus und damit auch seine Spielregeln.

Demokratische Kontrolle und Verwaltung

Der Postenschacher bei der ÖBAG betrifft Betriebe, an denen der Staat Beteiligungen hält. Gerade hier ist demokratische Kontrolle wichtig. In einer sozialistischen Gesellschaft müssten Komitees auf allen Ebenen, in den Betrieben, in den Nachbarschaften, in den Schulen, die sich auf regionaler Ebene und dann bundesweiter Ebene zusammenschließen, das Sagen haben, mit jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit, Facharbeiter/innenlohn für Funktionär/innen und Rechenschaftspflicht. Das bietet viel mehr Schutz vor Korruption, als diese Beteiligungen wieder an Private zu verkaufen - gerade das wäre ein Hort der Korruption, wie Schwarzblau I und die Causa Grasser gezeigt haben.

Mangelwirtschaft bedingt Korruption

Korruption blüht besonders dann, wenn es Mangelwirtschaft (wie immer noch bei Impfstoffen und anfangs bei Masken, Schutzausrüstung und Tests) gibt. Sie ist aber auch integraler Bestandteil der Klassengesellschaft. Und auch wenn der Kapitalismus abgeschafft ist, ist das kein Garant dass es keine Privilegien/Korruption gibt, das ist nur möglich mit echter demokratischer Kontrolle. Im Stalinismus war die die Mangelsituation in einem rückständigen durch Bürgerkrieg zerstörten Land die Basis der Privilegien einer bürokratischen Schicht innerhalb des stalinistischen Regimes. Wir müssen mit dem Kapitalismus international brechen und die Grundlage legen, dass Korruption keine Basis mehr hat: Dadurch dass die Produktion in öffentliches Eigentum genommen und durch die Beschäftigten und die Gesellschaft demokratisch geplant und verwaltet wird. Die Mangelwirtschaft kann so dadurch überwunden werden, dass man die Ressourcen der gesamten Welt nutzt - in einer sozialistischen Gesellschaft.

Schifffahrt demokratisch planen

David Kainz, SO, Beschäftigter im Schifffahrtssektor

Die Blockade des Suez-Kanals durch die „Ever Given“ hat die Verwundbarkeit der internationalen Transportwege und der davon abhängigen kapitalistischen Produktionsketten gezeigt. Der größte Teil aller Produkte wird importiert. Nicht nur die Artikel im Einzelhandel, auch die Waren für die verarbeitende Industrie werden per Seeweg geliefert. Der Transportpreis beträgt auf ein Kilogramm gerechnet zwischen 5 und 15 Cent. Dies trifft auf die Ladung der Ever Given zu und diese Containerschiffe und ihre enormen Fassungsvermögen von 200.000 Tonnen Ladung geben den Preis vor. Aufgrund dieses niedrigen Preises ermöglicht die moderne Schifffahrt den weltweiten Handel auch billigster Güter und die Ausbeutung billigerer Arbeitskraft durch Auslagerung von Produktionsprozessen. Die Schifffahrt gilt als Motor der Globalisierung. Die 4 größten Reedereien beherrschen den Markt. Der Besitz der größten Reedereien und der Häfen ist politisch und taktisch wichtig - hier zeigen sich Konflikte zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten. Die chinesische politische Führung ist sehr aktiv und verfolgt durch Kauf oder Pacht europäischer Häfen den Plan einer neuen Seidenstraße.

Potentielle Macht der Beschäftigten

Der Transport per Schiff ist aufgrund seines Preises und der enormen Volumen konkurrenzlos, Suez- und der Panamakanal ermöglichen effiziente Routen und so Geschäfte die von niedrigen Margen leben; diese können nicht auf andere Verkehrsmittel ausweichen. Eine Störung der Transportketten schlägt auf alle Waren durch. Die Blockade des Suez-Kanals zeigt welche potentielle Macht die Beschäftigten der Schifffahrtindustrie haben: Mit ihnen steht und fällt der Welthandel und die Produktionsketten. Wenn sie diese Macht durch Streiks ausspielen und auf andere Beschäftigte im Transport- und Logistiksektor ausdehnen, würde sichtbar werden wie viel an ihrer Arbeit hängt. Dadurch könnte auch erkämpft werden dass Reedereien, Werften und Häfen im Interesse der Beschäftigten verstaatlicht werden unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Diese dürfen dann nicht nach Profitinteressen geführt werden - die Beschäftigten müssen das sagen haben, nicht irgendwelche Bürokrat/innen. Damit könnte auch hinterfragt werden, ob Schiffe immer größer werden müssen - Sicherheitsstandards sind wichtiger als Profitinteressen.

Schluss mit dem Profitsystem

Die großen Konzerne haben gezeigt dass es möglich Produktion und Distribution international zu organisieren. Gleichzeitig sind nicht alle Transportwege sinnvoll - oft wird produziert wo die Lohnkosten am niedrigsten sind. Bei Transportkosten im Centbereich werden geringste Differenzen bei den Lohnkosten ausgenutzt, mit jeder weiteren Reduzierung der Transportkosten werden neue Geschäftsmöglichkeiten erschlossen, neue Arbeitsplätze geschaffen, die von diesen niedrigen Preisen abhängig sind. Das liegt daran dass die Produktion im Kapitalismus profitorientiert organisiert ist - und nicht entsprechend der Bedürfnisse der Menschen und des Planeten. Es ist nötig mit dem Profitsystem Kapitalismus zu brechen - eine sozialistische Gesellschaft weltweit könnte die Produktion international demokratisch planen, unter Berücksichtigung dieser Bedürfnisse. Dh. es könnte gemeinsam entschieden werden wo und wie produziert wird. Bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich könnte im Zuge einer sozialistischen Gesellschaft die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt werden - ohne dass international Jobs bedroht werden.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Unterdrückung, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion oder dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der ArbeiterInnenklasse erkämpft werden.

Aktuelle Artikel zu internationalen Entwicklungen und Fragen:
www.socialistischeoffensive.home.blog
www.socialistworld.net

Oscars 2021: Pandemie, Krise und Streaming

Die Oscars 2021 waren gezeichnet von der Pandemie - und von den Bewegungen der letzten Jahre. Da Kinos im letzten Jahr größtenteils geschlossen waren und Blockbuster Starts verschoben wurden, fanden auch Independent Filme von Streaming Diensten Platz. Nach großer Kritik in den letzten Jahren an der Academy wurde diese neu zusammengesetzt - unter den Nominierten fanden sich nun auch mehr people of colour und Frauen.

Spiegel der politischen Stimmung

Die nominierten Filme - und besonders „Nomadland“, der den Oscar für den besten Film gewann - spiegeln die aktuelle soziale und politische Stimmung wieder. In „Nomadland“ macht sich Frances McDormand als Arbeiterin aus einer Bergbaustadt in Nevada, die aufgrund des wirtschaftlichen Kollapses ihren Job verloren hat, per Auto auf um im Land als Tagelöhnerin umherzu ziehen. Einer ihrer Jobs unterwegs ist bei Amazon in der Warenverpackung. Sie macht dabei Bekanntschaft mit anderen die auf ähnliche Weise Job und Haus verloren haben. Andere nominierte Filme waren „Judas and the

Black Messiah“ und „The Trial of the Chicago 7“ - gleich zwei Filme in denen die Black Panthers eine Rolle spielen. „Promising Young Woman“ thematisiert Gewalt gegen Frauen. Mit „The Sound of Metal“ war ein Indiefilm der von Amazon Studios aufgekauft worden war nominiert.

Streamingdienste kaufen Indies

Das Phänomen dass Indie Filme von Streaming Diensten aufgekauft werden hat wohl auch damit zu tun, dass diese im Moment günstig zu haben sind und nicht viel an den Kinokassen einspielen müssen. Sie sind auch nicht per se fortschrittlicher - die Inhalte von Indie und Mainstreamkinos spiegeln beide die Bewegungen wieder die es in der Gesellschaft gibt. Dass kulturelle Independent-Inhalte gefeatured werden, ist ein scheinbar widersprüchliches Ergebnis der Krise - aber nichts neues. Die Filmindustrie war Ende der 1930er Jahre schon mal in einer Krise - gleichzeitig waren viele Musikverlage im Besitz von Filmstudios. 1940 verdoppelte die ASCAP (die Rechtsgesellschaft der Verlage - also die Studios) die Tantiemen um die

Verluste der Filmindustrie auszugleichen. Das führte dazu dass die Radiosender in der Klemme waren - und billige Musik brauchten und sie in Form von „Field Music“, also rechtefreier Musik (vor allem Blues und Country), fanden. Die Streamingdienste von heute sind in einer ähnlichen Situation wie die Radios damals - sie brauchen billiges Frischfleisch. Allerdings werden Indiefilme wohl Blockbuster nicht verdrängen - sie sind billige Contentfiller für Netflix und Co. Blockbusterfilme werden weiterhin dominieren - vor allem sobald die Kinokassen wieder geöffnet werden.

Vom Warencharakter befreien

Dass Indiefilme jetzt stärker in den Fokus rücken ist gut - aber die Profite laufen in die Taschen der Streamingdienste, die die Bedingungen diktieren. Ob Film-multis oder Streaminggiganten - Film, Musik und Kultur muss aus den Händen der Industrie genommen werden und vom Warencharakter befreit werden. In einer sozialistischen Gesellschaft ist das möglich. Die Bewegungen und Kämpfe, die in den Filmen zu erahnen sind, können ein Ansatzpunkt sein.

Wie weiter für „LINKS Wien“?

LINKS Wien beginnt zunehmend Klassenfragen aufzugreifen - das ist gut. Es gab eine Solidaritätskundgebung für die MAN-Belegschaft und die Hauptkampagne der nächsten Zeit wird „Machma 30“ sein, eine Kampagne für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Eine Kampagne gegen die Auswirkungen der Krise hat in einer Abstimmung nur ganz knapp gegen „Machma 30“ verloren. Dass LINKS nun stärker auf diese Klassenthemen setzt sind Schritte in die richtige Richtung. Aufgrund der Krise wird der Kapitalismus immer mehr hinterfragt, die Regierung verliert Unterstützung. Die Solidaritätsaktion mit MAN könnte genutzt werden um in Richtung bundesweiter Aufbau zu gehen und außerhalb von Wien Schritte zu setzen.

ArbeiterInnenpartei - wie geht das?

Was in Österreich fehlt ist eine neue ArbeiterInnenpartei - eine Partei in der sich ArbeitnehmerInnen organisieren können, und in der sie diskutieren können wie sie ihre Kämpfe gewinnen können und welches Programm sie brauchen um das umzusetzen. LINKS ist im Moment hauptsächlich eine Organisation von AkademikerInnen und Studierenden. Vielen AktivistInnen ist bewusst dass sie Klassenfragen und Kämpfe aufgreifen müssen. In den Solidaritätsaktion für MAN hatten sie großen Respekt für die Belegschaft von MAN - was

aber auch dazu geführt hat, dass man sich zum Teil auf die Solidaritätsbekundungen beschränkt hat, aus Angst sich „einzumischen“ oder als überheblich wahrgenommen zu werden. Während natürlich Überheblichkeit fehlt am Platz ist, ist dennoch wichtig die Frage aufzuwerfen wie der Kampf gewonnen werden kann und die Gewerkschaftsführung für ihre passive Position zu kritisieren. Teil der Aktion war ein gemaltes Herz für Steyr. Auch wenn verständlich ist, dass man dadurch Solidarität mit den KollegInnen ausdrücken wollte - dieser Slogan ist leider total unklar und verwischt Klassendifferenzen. Stattdessen hätte man offensive Forderungen aufmalen können - die Forderung nach Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung sowie die Frage der Umstellung der Produktion. Wenn man einen belebteren Ort gewählt, von Beginn an Reden organisiert hätte und sich mit einem Flugblatt an PassantInnen gewendet hätte, hätte man auch neue AktivistInnen mit diesem Thema gewinnen können.

Kristallisationspunkt sein - Gewerkschaftsopposition aufbauen

LINKS muss Druck auf die ÖGB-Führung ausüben, damit diese die vereinzelten Kämpfe zusammenführt. Sie muss GewerkschaftsaktivistInnen miteinschließen bzw. könnte einen wichtigen Beitrag

für den Aufbau einer Gewerkschaftsopposition leisten, indem sie AktivistInnen zusammenbringt - für die Umwandlung der Gewerkschaften in demokratische und kämpferische Organe. Sie muss Raum geben für inhaltliche Debatten darüber, welches Programm nötig ist und welche Aktionen gesetzt werden können, wenn die Gewerkschaftsführung nicht handelt.

Welches Programm?

„Sozialistische Offensive“ steht für ein sozialistisches Programm, eine Massenbewegung und eine ArbeiterInnenregierung die dieses umsetzen können ein. Wir nehmen an LINKS teil auch wenn es ein solches Programm zur Zeit nur in Ansätzen hat. Wir argumentieren aber, dass nur mit einem sozialistischen Programm konsequent Widerstand gegen die Symptome der Krise geleistet und dauerhafte Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen erreicht werden können. Das Beispiel Syria in Griechenland zeigt, dass ohne Bereitschaft mit dem Kapitalismus zu brechen eine Regierung klein beigegeben wird. Forderungen nach ernsthaften Verbesserungen lassen sich nur umsetzen, wenn weite Teile der Wirtschaft in Gemeinbesitz übernommen werden und nach den Bedürfnissen der Menschen geplant werden, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

Streikbeschluss bei MAN umsetzen, Kampf ausweiten: Betriebsschließungen stoppen!

Alles ist anders.

Wir stehen vor der größten wirtschaftlichen Krise seit Ende des zweiten Weltkrieges. Diese Krise wurde zwar durch die Corona-Pandemie verschärft, ihre Ursache liegt aber in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Schon 2019 hatte sich eine weltweite Rezession in der Industrie abgezeichnet. Erst 2023 rechnet die RBI dass die Wirtschaftsleistung auf Vorkrisenniveau zurückkehrt.

Arbeitslosigkeit und Kürzungen

Es ist wahrscheinlich, dass viele Entlassungen bevorstehen und die Arbeitslosenzahlen weiter steigen werden. Die Coronakrise wurde bereits von vielen Betrieben für Personalabbau genutzt (z.B. Swarovski, voestalpine, Mediamarkt). Wenn Hilfen auslaufen kann es zu Betriebsschließungen kommen. Die Regierung wird sich früher oder später das Geld für die Rettungspakete von den Beschäftigten zurückholen. Im Gesundheitsbereich sind zwar im Moment Einschnitte unpopulär, die Gesundheitskasse hat aber aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und fehlender Beiträge weniger Mittel zur Verfügung. In der Debatte um ein höheres Arbeitslosengeld besteht die Gefahr dass es bei länger dauernder Arbeitslosigkeit mit der Zeit auf einen geringeren Prozentsatz abgesenkt wird. Während Milliarden in die Wirtschaft gepumpt werden, bleibt es für die Masse der Beschäftigten bei leeren Worten. Das zeigt, wer aus Sicht der Regierung für diese Krise zahlen soll: Während Unternehmen massive Unterstützung bekommen, wird bei den Beschäftigten der Rotstift angesetzt.

Schließung von MAN in Steyr verhindern

In dieser Situation ist gewerkschaftliche Gegenwehr so wichtig wie nie zuvor. Leider sehen wir weiterhin eine völlig falsche Ausrichtung durch die Gewerkschaftsführung. Hier muss es einen radikalen Wandel geben. Im letzten Jahr gab es trotz der Pandemie immer wieder Anzeichen, dass die Bereitschaft zu kämpfen da ist. Allerdings bremst die Gewerkschaftsführung diese Kämpfe - bei MAN gab es einen Warnstreik und die Ablehnung des Übernahmeangebots von Siegfried Wolf durch die Belegschaft, aber die Gewerkschaftsführung hat keine offensive Strategie und keinen Eskalationsplan um den Kampf zu gewinnen. Stattdessen nimmt man Einschüchterungsversuche und die Drohungen des MAN-Managements das Werk nun zu schließen hin - man verhandle den Sozialplan, währenddessen solle man die Betriebsräte arbeiten lassen. Das ist ein Ausverhandeln der Modalitäten der Niederlage. Das MAN Management baut Druck

auf damit das Wolf-Angebot vielleicht doch noch angenommen wird. Die Gewerkschaftsführung und der Betriebsrat sollten die Drohungen nicht akzeptieren. Am besten verhandelt es sich mit Kampfmaßnahmen im Rücken, die die Bosse unter Druck setzen. Anstatt die Belegschaft im Ungewissen zu lassen sollte der Betriebsrat sie darauf vorbereiten dass der aufrechte Streikbeschluss umgesetzt werden muss um die Einschüchterungsversuche des Managements zurückzuschlagen. Es kann sein, dass auch eine Besetzung des Standorts notwendig sein wird, um dessen Schließung zu verhindern.

Sozialpartnerschaft führt zu Kürzungen

Die Gewerkschaften müssen eine Diskussion anstoßen wie gegen die Personalabbau, Betriebsschließungen und Kürzungen mobilisiert werden kann. Dabei müssen die Interessen der Kolleg/innen maßgeblich sein und nicht die der Konzerne. Das lässt sich nur erreichen, wenn die Politik der Sozialpartnerschaft beendet wird. Sozialpartnerschaft bedeutet die Logik des Kapitalismus zu akzeptieren. Mit dieser müssen wir brechen. Innerhalb des Kapitalismus ist es nicht möglich, einen Ausweg aus dieser Krise zu finden. Wenn Produkte nicht mehr auf dem Weltmarkt verkauft werden können, ist die logische Folge im Kapitalismus, dass weniger produziert wird - um möglichst profitabel zu sein und nicht von der Konkurrenz aufgefressen zu werden - und das bedeutet Abbau von Stellen bis hin zu Entlassungen und Betriebsschließungen. Ein extremes Beispiel wohin Co-Management und Sozialpartnerschaft führen ist der ehemalige Betriebsratschef von VW in Deutschland, Bernd Osterloh, der ins Management gewechselt ist - seine erste Aufgabe als Personalvorstand (mit 2 Millionen Euro Jahresgehalt) ist die Schließung des MAN-Werks in Steyr.

Eigentumsfrage

Daher ist es nötig, die Eigentumsfrage zu stellen, um Arbeitsplätze zu erhalten. Es reicht nicht aus, Betriebe vorübergehend zu verstaatlichen, um sie dann wieder zu privatisieren, wenn die Krise vorüber ist. Sozialisierung von Verlusten und Privatisierung von Gewinnen ist abzulehnen. Auch eine 20% Staatsbeteiligung wie die SPÖ sie vorschlägt ist letztlich nur eine Subventionierung von privaten Profiten. Stattdessen muss die Forderung von Überführung der Schlüsselunternehmen in Gemeineigentum wieder in die Zielsetzungen der Gewerkschaften übergehen. Denn nur auf der Grundlage von Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist es möglich eine Produktion zu entwickeln, die

orientiert ist am Bedarf, demokratisch geplant und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung, ausgerichtet auf das Wohl von Mensch und Umwelt. Dadurch ist es möglich, aus der Falle der Mitgestaltung von Sparpolitik heraus zu kommen. Die Aufgabe der Gewerkschaften muss sein, die Lebensgrundlage der Beschäftigten mit allen Mitteln zu verteidigen.

Streiks und Betriebsbesetzungen

Es braucht ein Konzept für die Verteidigung der Arbeitsplätze, inklusive der Forderung nach Enteignung der Bosse, Überführung in Gemeineigentum und gegebenenfalls Konversion der Produktion unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaften und Gesellschaft. Dafür müssen die Gewerkschaften mobilisieren, für Streiks und für die Besetzung von Betrieben, um den Abtransport von Maschinen und Produktionsanlagen zu verhindern. Wenn ein Betrieb geschlossen werden soll, ist die Mobilisierung von Solidarität aus anderen Betrieben und Branchen nötig. Es sollten Solidaritätskomitees geschaffen werden, damit die Kolleg/innen sehen, dass sie nicht allein sind. Eine bundesweite Demonstration der Gewerkschaften gegen sollte als erster Schritt schon jetzt geplant werden - unter Wahrung der Sicherheit der Demonstrierenden, mit Abstand und Maske. Das gemeinsame Motto sollte lauten: Wir zahlen nicht für diese Krise. Dafür braucht es einen Kurswechsel in den Gewerkschaften. Es ist nötig sich zu einer Opposition in den Gewerkschaften zusammenzuschließen - mit folgenden Forderungen:

-Lebensstandards verteidigen!

-Wir zahlen nicht für diese Krise - die Reichen sollen zahlen!

-Nein zu Personalabbau und Betriebsschließungen - Kampf um jeden Arbeitsplatz!

-Nein zu Lohnverzicht!

-Verteilung der Arbeit auf alle statt Massenarbeitslosigkeit: 30h-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

-Milliarden für Gesundheit, Bildung, Soziales statt für die Kapitalist/innen!

-Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft, Entschädigung nur für Kleinaktionäre!

-Eine demokratisch nach den Bedürfnissen der Beschäftigten und der Gesellschaft geplante Wirtschaft, Umstellung der Produktion durch diese!

-Bruch mit dem Kapitalismus und eine sozialistische Gesellschaft damit die Arbeiter/innenklasse für diese Krise nicht bezahlen muss!

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!